

Burgenland setzt sich in Brüssel für starke Kohäsionspolitik ein!

Burgenlands neuer Vertreter im AdR, Robert Hergovich, setzt sich für Kohäsionspolitik und regionale Projekte ein.

Eisenstadt, Österreich - In Brüssel wird aktuell über die Zukunft der Kohäsionspolitik debattiert, ein Thema, das die regionalen Vertreter in wirtschaftlich herausfordernden Zeiten stark beschäftigt. Der Vorstand des Burgenländischen Verbindungsbüros, Winter, äußerte sich besorgt darüber, dass die Region nicht ins Hintertreffen gerät und betonte die Notwendigkeit, die Kohäsionspolitik beizubehalten. Diese Politik ist entscheidend für die Unterstützung weniger entwickelter Regionen innerhalb der EU, und der neue burgenländische Vertreter im Ausschuss der Regionen, Robert Hergovich, wird ab April an Plenarsitzungen teilnehmen, um die Belange des Burgenlandes vertreten zu können. Hergovich plant, sich vor allem für attraktive Förderungen und spezifische Projekte einzusetzen, um die Region stark in der EU zu positionieren, wie **ORF** berichtet.

Forderungen nach Reformen und stärkerer Zusammenarbeit

Auf einer Sitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen am 20./21. November hat eine Gruppe von regionalen Entscheidungsträgern ein Paket verabschiedet, das die Notwendigkeit einer flexiblen und reformierten Kohäsionspolitik unterstreicht. Sie forderten, dass die Kohäsionspolitik weiterhin eine zentrale Rolle spielt, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU zu steigern und regionale Ungleichheiten zu verringern. In einer

gemeinsamen Erklärung betonten die Co-Berichterstatter, Vasco Alves Cordeiro und Emil Boc, dass die Wirksamkeit der Kohäsionspolitik stark von der Einbindung lokaler und regionaler Körperschaften abhängt, um relevante und nachhaltige Projekte zu gewährleisten. Daher lehnten sie die Tendenz zur Zentralisierung der Kohäsionsmittel durch die EU ab, wie cor.europa.eu berichtete.

Die regionalen Vertreter wiesen zudem darauf hin, dass die Kohäsionspolitik nicht alle Probleme allein lösen könne. Es ist wichtig, dass alle politischen Maßnahmen der EU koordiniert zur Erreichung eines gemeinsamen Ziels eingesetzt werden. Ein anhaltendes Anliegen ist die Schaffung eines Überwachungsrahmens zur Bewertung der Umsetzung der Kohäsionspolitik. Die Städte und Regionen forderten eine ausreichende Ausstattung der Kohäsionspolitik mit Haushaltsmitteln, insbesondere vor dem Hintergrund der steigenden territorialen Herausforderungen, und plädierten für eine Verdopplung der Mittel für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im zukünftigen EU-Haushalt. Laut den Mitgliedern des Ausschusses müssen zentrale Prinzipien wie geteilte Mittelverwaltung und partnerschaftliches Handeln diese Reformen leiten, um die Herausforderungen, einschließlich demografischer Veränderungen, erweiternd anzugehen.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ort	Eisenstadt, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• burgenland.orf.at• cor.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at